



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

Brüssel, den 17. Dezember 2012 (03.01)
(OR. en)

17847/12

INF 209

INFORMATORISCHER VERMERK

der Gruppe "Information"

für den AStV (2. Teil)

Betr.: Gemeinsame Kommunikationsprioritäten der EU für 2013 und 2014

1. Gemäß der politischen Erklärung "Europa partnerschaftlich kommunizieren"¹, die das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission am 22. Oktober 2008 unterzeichnet haben, sollen die EU-Organe "*nach ihren internen Verfahren*" gemeinsame Kommunikationsprioritäten bestimmen, "*die gegebenenfalls an die strategischen Standpunkte und Anstrengungen der Mitgliedstaaten in diesem Bereich anknüpfen, wobei auch den Erwartungen der Bürger Rechnung zu tragen ist*".
2. Die Mitgliedstaaten haben sich in den Sitzungen der Gruppe "Information" von Mai bis September 2012 über ihre Erwartungen und Ausrichtungen im Hinblick auf die vorrangigen Kommunikationsthemen 2013 und 2014 ausgetauscht. Die Delegationen einigten sich auf die folgenden Kommunikationsprioritäten:
 - a) Wirtschaftlicher Aufschwung
 - b) Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger (2013)
 - c) Die Kampagne zu den Europawahlen 2014

1 ABl. C 13 vom 20.1.2009, S. 3.

3. Ausgehend von den Beratungen in der Gruppe "Information" hat der Ratsvorsitz dem Europäischen Parlament und der Kommission in den Sitzungen der Interinstitutionellen Gruppe "Information" (IGI) vom 6. Juni und 9. Oktober 2012 die Standpunkte der Delegationen dargelegt.
4. Die IGI nahm die konvergierenden Standpunkte der Organe und der Mitgliedstaaten hierzu zur Kenntnis und billigte deren Ausrichtungen, indem sie die Wahl der obengenannten Themen bestätigte. Sie forderte ferner die Organe nachdrücklich auf, bei der Verwirklichung der Kommunikationsprioritäten eng und in einer Weise zusammenzuarbeiten, die den Interessen und Erwartungen der Bürger entspricht.
5. Von der Vorausplanung und dem Maß an Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und EU-Organen wird abhängen, wie wirksam die Kommunikationsprioritäten verwirklicht werden. Im Einzelnen:
 - a) Die Kommunikationsstrategien für die gemeinsamen Prioritäten sollten kohärent und hinreichend flexibel sein, damit die Informationskampagnen und einmaligen Kommunikationsprojekte die nationalen Szenarios und die sich wandelnden Realitäten wiedergeben und an diese angepasst sind.
 - b) Viele der obengenannten Informationsmaßnahmen können im Rahmen der bestehenden Partnerschaftsabkommen durchgeführt werden (wie es bereits der Fall ist).
6. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird ersucht, die Haltung der Delegationen zu den interinstitutionellen Kommunikationsprioritäten für 2013-2014, wie sie aus den Beratungen der Gruppe "Information" und der positiven Weiterverfolgung in der IGI hervorgegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen.